

Republikaner

Unter dem Deckmantel

Die westdeutsche Wirtschaft hält Abstand zu den Republikanern. Einzelne Sympathisanten wagen sich meist nur heimlich hervor.

Es passierte eine ganze Menge, nachdem sich der Gummersbacher Ingenieur Volker Grumbrecht, 45, im letzten März mit den Republikanern eingelassen hatte.

Vor der Haustür demonstrierten politische Gegner (Sprechchor: „Nazis raus, Ausländer rein“), als bei Grumbrecht daheim die erste Mitgliederversammlung lief. Und in seinem Ingenieurbüro für Umwelttechnik überließ er nach Belegschaftsprotesten drei Mitarbeitern die Geschäftsführung, um Stadtverwaltungen und das regionale Elektrizitätswerk nicht als Kunden zu verlieren.

Nicht weniger heftig fielen die Reaktionen aus, als ein Traditionsverein der Münchner Wirtschaft, das 1832 gegründete Kaufmanns-Casino, den Republikaner-Chef Franz Schönhuber, 66, für Ende dieses Monats zu einem Vortrag eingeladen hatte. Der frühere Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), Rolf Rodenstock, 72, derzeit Präsident der Münchner Industrie- und Handelskammer, bemängelte die „Fehlentscheidung“ und erklärte seinen Austritt aus dem Klub. Oberbürgermeister Georg Kronawitter (SPD) hielt den Casino-Herren die „demokratiefeindlichen Ziele“ der Repts vor, die Veranstaltung wurde abgeblasen.

Kein Zweifel: Der frühere Waffen-SS-Mann Schönhuber, der sich und seine Partei als Sachwalter gewerblichen Leistungswillens und unternehmerischer Tüchtigkeit empfiehlt, übt auf manch einen konservativen Betriebsführer eine starke Anziehungskraft aus. Offizielle Beziehungen zwischen den Spitzenverbänden der Wirtschaft und der Schönhuber-Truppe sind vorerst jedoch kaum vorstellbar. Zu sehr würden sie der Reputation westdeutscher Produktionsstätten und Konzernführungen schaden, von denen manche noch kaum den Schatten der NS-Vergangenheit entronnen sind. Sozialdemokrat Kronawitter empörte sich denn auch über das „histo-



Republikaner-Chef Schönhuber: „In Unternehmerkreisen ernst genommen“?

rische Unverständnis“ der Leute vom Kaufmanns-Casino, da doch „unter dem Deckmantel von kaufmännischer Tradition bei vergleichbaren Herrenabenden der Gast Adolf Hitler“ gewesen sei.

Wie unbelehrbar die Gastgeber jedoch auf der Richtigkeit ihrer Einladung an den Rechtsextremisten-Chef beharrten, zeigte das beleidigte Gerede des Casino-Vorsitzenden Peter Lex. Der Anwalt verglich Kronawitters Kritik, in Verdrehung von Ursache und Wirkung, mit dem „Ende der Demokratie“ in der Weimarer Zeit, als „man den politisch Andersdenkenden niederbrüllte, anstatt seine Argumente zu hören“. Der Schönhuber-Termin werde abgesagt, so Lex verstockt, weil er zum „politischen Ereignis hochstilisiert“ worden sei.

Rodenstocks harsche Reaktion machte deutlich, daß Grenzüberschreitungen nach rechtsdraußen auch in weiten Teilen der Wirtschaft als Tabuverstoß gelten. Sie gefährden nicht nur die internationalen Geschäftsbeziehungen der

Unternehmen, sondern auch den inneren Betriebsfrieden, weil sie Betriebsräte und Mitarbeiter gegen die Unterstützung obskurer politischer Bestrebungen aufbringen.

Ohnehin sind der früher von Rodenstock geführte BDI oder die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände traditionell Domänen der CDU/

CSU und der Freidemokraten. Das gleiche galt bisher auch für den Deutschen Bauernverband. Doch dessen Präsident, der CDU-Bundestagsabgeordnete Constantin Freiherr von Heereman, 57, hielt es nach der Europawahl im Juni für angebracht, auch den frisch gewählten Abgeordneten der Republikaner zu ihrem Einzug ins Europaparlament zu gratulieren.

Seine Glückwunsch-Cour in alle Richtungen, verteidigte sich Heereman, liege „im Interesse eines breiten Konsenses in der Agrarpolitik“. In gleichem Geiste bedachten auch die Bundesverbände der Spirituosen-Industrie sowie des Groß- und Außenhandels die Schönhuber-Fraktion mit ihren Glückwunschbriefen an die Neugewählten.

Die Repts legen es darauf an, vor allem Mittelständler für sich zu gewinnen. „Wir haben eine Menge Mitglieder aus dem mittelständischen Bereich, die uns auch finanziell unterstützen“, behauptet Schönhuber. Aber viel mehr als Ressentiments gegen staatliche „Neuverschuldungen zu politisch motivierten Konjunkturbelebungen“ oder zu viele „staatliche Wirtschaftsunternehmen“ hat die Partei ihrer Wunsch-Klientel noch nicht zu bieten.

Doch Schönhuber bereitet zur Zeit eine Reform des Parteiprogramms vor, um Mittelständler und Freiberufler gezielter anzusprechen. Den Nährboden für diese Politik hätten ihm, behaupten unzufriedene Lobbyisten, die angeblich industriefixierten Bonner Regierungsparteien bereitet.

„Die Mittelständler, die ich kenne, sind alle gegen diese Regierung“, sagt Unternehmensmakler Carl Zimmerer, 62, Chef der einst vom späteren Bundespräsidenten Walter Scheel mitgegründeten „Inter-



Industrieller Rodenstock „Demokratiefeindliche Ziele“

finanz" in Düsseldorf. Zimmerer lud Schönhuber im Mai zu einem Gespräch in die von ihm organisierte „Herrenrunde“, die sich meist im noblen Düsseldorfer Industrieclub trifft.

Schönhuber zog, diesmal im Hotel Nikko, statt der sonst erscheinenden 50 mehr als 100 Gäste an: Industrielle, Manager, Kaufleute. Der Chef-Republikaner nutzte die Gelegenheit, um um Zuwendungen und Bürgschaften für die damals anstehende Europawahl zu betteln, und etliche aus der Herrenrunde gaben spontan eine Zusage.

„Der hat Chancen, in Unternehmerkreisen ernst genommen zu werden“, meinte ein anwesender Werbemanager über Schönhuber. Den Düsseldorfer SPD-Fraktionschef Friedhelm Farthmann, 58, erinnerte das Herrentreffen



Rep-Partner Hoffmann
„Rein geschäftlicher Natur“

an das Bündnis deutscher Industrieller mit Adolf Hitler. Farthmann: „Das Original sprach 1932 vor dem Düsseldorfer Industrieclub. Schönhuber muß sich mit Kleinkrämern begnügen.“

Doch auch Hitler hatte seinen Siegeszug bei der deutschen Wirtschaft im Mittelstand begonnen. Eine Ausnahme machten die Ruhrbarone Fritz Thyssen und Emil Kirdorf, die schon früh Hitlers NSDAP unterstützten.

Um die Anfälligkeit heutiger Unternehmer auf rechtsradikale Tendenzen möglichst unauffällig zu testen, bediente sich das Münchner Zeitgeist-Magazin *Wiener* einer List. Die Redaktion spiegelte die Gründung eines „Freundeskreises deutscher Republikaner“ vor und bat Wirtschaftskreise in mehr als 200 Bettelbriefen um Wahlspenden.

Die meisten Adressaten lehnten brüsk ab. „Sofort einen Termin“, so der *Wiener*, bekamen die falschen Rep-Freunde bei Theo Müller, 49, Inhaber einer schwäbi-

schen Großmolkerei („Müllermilch“), der als Werbepartner der deutschen Fußball-Nationalelf und als Sponsor von Boris Becker bekanntgeworden ist.

Nach Darstellung von *Wiener*-Redakteur Michael Konitzer ließ der erfolgreiche Firmenchef im Gespräch mit ihm, dem angeblichen Rep-Werber, einen Haufen reaktionärer Sprüche ab – Beispiel: „Wer keine Leistung bringt, soll auch kein Geld kriegen.“ Müller hat die vom *Wiener* gedruckten Zitate inzwischen bestritten. Zum Thema Wahlspenden habe Müller, so Konitzer, zwei Bedingungen gestellt: Er wolle keine Nazis aushalten, und die Republikaner müßten zu Koalitionen bereit sein, „sonst gehen am Ende die CDU und die SPD zusammen“.

Theo Müller hat den *Wiener*-Bericht „als „absoluten Quatsch“ zurückgewiesen. Er habe, so Müller zum SPIEGEL, „nie die Absicht gehabt, denen etwas zu spenden“, sondern sei „als CSU-Mitglied“ nur neugierig gewesen, „was die wollen“. Ein Bündnis mit den Reps würde er „nur befürworten, wenn die koalitionsfähig wären“.

Die Zeitschrift *Tempo*, eine *Wiener*-Konkurrentin unter den Lifestyle-Blättern, erhielt jüngst interne Unterlagen aus dem Republikaner-Lager zugespielt, die einen weiteren Prominenten ins Schönhuber-Umfeld rückten: Bolko Hoffmann, 51, Medien-Unternehmer in Düsseldorf.

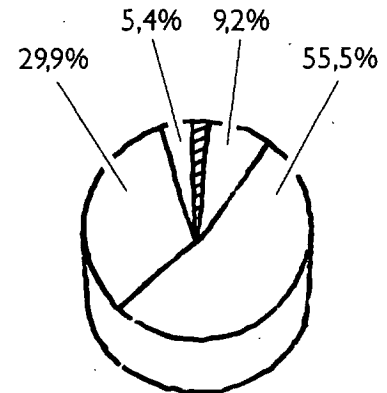
Millionär Hoffmann, Herausgeber des Börsenblatts *Effecten-Spiegel* und Großaktionär des Deutschen Depeschen Dienstes in Bonn, war den Reps im Jahr 1986 mit seiner Werbeagentur Thersal bei der Plazierung von Wahlkampfanzeigen in bayerischen Zeitungen behilflich. Laut Protokoll einer Sitzung des Bezirksvorstands der Republikaner soll die Agentur „zugesagt“ haben, „daß bei fehlender Wahlkampfkostenrückerstattung für die Partei auf eine Bezahlung ihrerseits verzichtet wird“. „Auf gut deutsch“, so *Tempo*, „die Agentur Thersal hat für die Republikaner-Werbung fast 80 000 Mark vorgeschossen“.

Im Finanzbericht der Partei vom 1. Februar 1988 wurde dann – die bayerische Landtagswahl hatte drei Prozent und 1,3 Millionen Mark Kostenerstattung gebracht – die Rückzahlung registriert: „Werbeagentur Thersal (Zeitungswerbung) 78 221,49 DM.“

Hoffmann bestreitet inzwischen, andere Kontakte zu den Republikanern zu unterhalten als Beziehungen „rein geschäftlicher Natur“. Seine Agentur habe die übliche Provision von 8000 Mark für die damalige Anzeigenvergabe erhalten, einen Verzicht auf die Anzeigenkosten habe er „niemals zugesagt“. Die von *Tempo* zitierten Unterlagen tut Hoffmann ab: Sie seien „eine Fälschung oder ein Witzblatt“.

Unser Hausmüll laut Umweltbundesamt.

5,4% Kunststoffe, 9,2% Glas,
55,5% Sonstige, 29,9% vegeta-
biler Rest.



Mit nur ca. 1% Anteil am Hausmüll hält die Kartonpackung für Milch und Saft den Müllberg klein. **PKL**

MEHR VORTEIL ALS VERPACKUNG

Karriere-Chance

durch MBA-Studium



Sieben Stipendien bieten ehrgeizigen Hochschulabsolventen im Alter von 23 bis 35 Jahren mit etwa zweijähriger Berufserfahrung jetzt die Chance einer internationalen Karriere.

Das Zusatzdiplom „Master of Business Administration“ (MBA), erworben an Europas größter Business School, INSEAD, ist hierfür die beste Voraussetzung.

Die INSEAD-Gesellschaft Deutschland e. V. hat für die sieben Stipendien insgesamt 210 000 Mark zur Verfügung gestellt, um die sich alle für das im September 1990 beginnende Studium Zugelassenen bewerben können.

Teilnahmebögen können in der INSEAD-MBA-Zulassungsstelle abgefordert oder direkt der Oktober-Ausgabe des CAPITAL Wirtschaftsmagazins entnommen werden. Einsendeschluß ist der 10. November 1989.

Adresse: INSEAD, MBA-Admissions,
Boulevard de Constance, 77305
Fontainebleau Cedex, Frankreich.
Tel. (1) 60 72 42 73

INSEAD